

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 1600. — Mk., wöchentlich 400. — Mk. In Pommerellen: monatlich 2000. — Mk. in polnischer Währung. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 160. — Mk., von auswärts 200. — Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamazeile 600. — Mk., von auswärts 800. — Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Danzig 2945 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3990.

Nr. 33

Donnerstag, den 8. Februar 1923

14. Jahrgang

## Sozialdemokratie und Ruhrkampf.

Einmündige Entschliessung des Parteiausschusses.

Der Parteiausschuss der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat Dienstag nach einer eingehenden Aussprache, die durch ein Referat des Genossen Welz eingeleitet wurde, einstimmig die folgende Entschliessung angenommen:

Der Parteiausschuss erklärt seine Zustimmung zu den Richtlinien, die von der Vorstandskonferenz am 19. Januar beschlossen wurden, und fordert die Parteigenossen auf, einzig und geschlossen in ihrem Sinne zu wirken. Er wiederholt, daß die gegenwärtige gefährliche Situation ein entschlossenes Zusammengehen der gesamten Arbeiterbewegung erfordert, daß es ihre Aufgabe ist, alles zu tun, um die Abwehr des gewalttätigen französisch-belgischen Einmarsches in friedliches Gebiet durch zweckdienliche Maßnahmen zu unterstützen und alles zu unterlassen, was geeignet ist, diese Abwehr zu hindern und die Pläne des französischen Imperialismus zum Erfolg zu führen. Zugleich erinnert er an die Notwendigkeit, scharf den Trennungsstrich gegen die nationalistische Verhetzung zu ziehen und den Kampf gegen die politische Reaktion nachdrücklich fortzusetzen.

Der Parteiausschuss widerspricht mit Entschiedenheit der von der französischen Regierungspropaganda ansehnlichen beleidigenden Behauptung, daß der Widerstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die militärische Invasion Frankreichs auf eine Umweitung der Reichsregierung zurückzuführen sei. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten führen diesen Kampf aus eigenem Antrieb zur Verteidigung ihrer Menschenwürde und ihrer Freiheit gegen eine militärische Gewalt, die durch ihre sich ständig steigende Brutalität den Protest der ganzen Welt heranzufordert.

Der Parteiausschuss dankt den sozialistischen Arbeitern des Auslandes für die zahlreichen Beweise ihrer brüderlichen Gesinnung und bittet sie, in der Unterstützung des kämpfenden Ruhrproletariats nicht zu erlahmen. Er ist sich in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Organisationen, dessen bewußt, daß der gegenwärtige Kampf nicht als ein Konkurrenzkampf der Kapitalisten verschiedener Länder geführt werden darf, sondern daß er aewärt werden muß als Kampf der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus mit dem Ziel, eine gerechte Verständigung über die Reparationslasten und eine endliche Befriedigung Europas herbeizuführen.

Der Parteiausschuss erinnert schließlich die Reichsregierung an ihre Verantwortung für einen wirkungsvollen Versuch des Kampfes, der vor allem durch eine ansehnliche Verbesserung der arbeitenden Bevölkerung mit dem notwendigen Lebensbedarf gesichert werden muß.

Dazu schreibt der „Vorwärts“:

In der Aussprache im Parteiausschuss ist nur eines zu bedenken: daß sie dem Herkommen entsprechend vertraulich war und daß daher der Öffentlichkeit die Gelegenheit entzogen war zu sehen, mit welchem tiefen Ernst und mit welcher Einmütigkeit der Aufstellungen der berufenen Rat unserer Partei zu dem drängenden Problem des Ruhrkonflikts Stellung nahm. Das Schauspiel wäre für die Anhänger der Partei ebenfalls ehrenlich gewesen wie für ihre Gegner entmutigend. Der Versuch, einzelne Teile der Partei auseinander und gegeneinander zu manövrieren, wird heute von zwei Seiten her unternommen, von der französischen Regierungspropaganda und von den Kommunisten. Er wird so aussichtslos bleiben wie bisher, wenn sich die ganze Partei von dem Geist, der über der gestrigen Aussprache waltete, durchdringen läßt.

Die französische Regierungspropaganda fährt in wahrhaft kindlicher Weise fort, die deutsche Sozialdemokratie als den schwächsten Punkt des Widerstandes darzustellen, während sie in Wirklichkeit doch der stärkste ist. Das sieht jetzt selbst der uns wenig freundlich gesinnte „Daily Telegraph“ ein, über dessen bemerkenswerte Äußerungen ein Londoner Telegramm des Rib-Bureaus folgendes meldet:

„Daily Telegraph“ stellt die innenpolitische Entwicklung Deutschlands dar und glaubt, daß die deutsche Sozialdemokratie faktisch bereits die Führerschaft im Ruhrkampf und damit in der Politik erlangt habe. Das Blatt stellt fest, daß der Sozialismus zur höchsten Macht nationaler Verteidigung geworden ist und daß er im Begriff sei, die internationale Front der Arbeit gegen den französischen Imperialismus heranzustellen.

Das Londoner Blatt hat die Politik unserer Partei besser begriffen als manch deutsche Zeitung, die sie nicht begreifen will, besser auch als die französische Regierungspresse, von der wir nach allen bisherigen Erfahrungen nicht annehmen, daß sie es wagen wird, die Entschliessung unserer Partei ihren Lesern unverfälscht und unverdrehet vorzulegen. Das französische Volk wird heute in einen wahren Nebel der Kriegsberichterstattung gehüllt, damit es nicht sehen soll, wozu es geführt wird. Sind das nicht Vorzeichen? Noch kein Vaterland sah man glücklich enden, in dem die Füge zur patriotischen Pflicht ward!

Die Entschliessung, die unser Parteiausschuss am 6. Februar, dem 28. Tag seit dem Beginn des französischen Vormarsches, faßte, ist ein Ausdruck wirklicher Entschlossenheit. Sie schüttelt alles Gerede von Einheitsfront und Regierungszwangsabkommen ab und stellt die Sozialdemokratische Partei weit vorne hinaus

in das Vorfeld des Kampfes, den die Arbeiterklasse gegen die Willkürmacht eines tollgewordenen Militarismus begonnen hat. In diesem Kampf kann es Rückschläge geben, keine endgültige Niederlage. Denn für ihn gilt das Wort Napoleons, daß im Kampf zwischen Ideen und Kanonen die Ideen am Ende stets die stärkeren sind.

## Ein Busenfreund Ludendorffs als Landesverräter.

Im bayrischen Landtag hatte Gen. Auer kürzlich auf das Treiben eines national-sozialistischen Führers Lüdecke hingewiesen, der in den Reichswehrkasernen national-sozialistische Verbereden hielt und dabei in reichlichstem Maße Geld unter die Soldaten verteilte. Dieser laubere Kampfesgenosse des national-sozialistischen Häuptlings Hitler und seines Intimus Ludendorff, ist nunmehr wegen Landesverrats verhaftet worden. Der Münchener Polizeibericht meldet nämlich, daß der Stottrupführer Lüdecke, verhaftet und das Verfahren wegen Landesverrats gegen ihn im Gange ist. Dieser Lüdecke, dem bei seiner Verhaftung große Beträge in französischen Franken und Dollars abgenommen wurden, ist eines der aktivsten und meist genannten Mitglieder der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der nach seiner Befreiung aus seinen Spitzelgeldern einen hitlerischen Sturmtrupp ausgerüstete und aushielt. Obwohl Lüdecke große Geldauswendungen auch der nationalsozialistischen Parteileitung so auffällig erwiderten, daß sie seine Ausgaben nicht in ihren Geschäftskonten verzeichnete, hat sie sich seine Freigabe für die Zwecke der Partei doch gern gefallen lassen.

Als Lüdecke dann unter dem Vorwand, daß er seine Sturmtruppe ganz nach der Dienstordnung der Reichswehr ausbilden wolle, von Reichswehrsoldaten Dienstvorschriften und Exerzierreglemente herauszulocken suchte und auch die Soldaten in großem Stil freibeit, wurde die politische Polizei auf ihn aufmerksam und schritt zu seiner Verhaftung. Lüdecke ist von Geburt Deutscher, hat aber im Kriege die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben. Nach Kriegsende kam er nach Danzig und spielte eine Rolle in der hiesigen deutsch-völkischen Bewegung. Er gab eine stark antisemitisch gefärbte Zeitung, „Die Ostwacht“, heraus, die in den rechtsstehenden Kreisen mit großem Eifer vertrieben wurde. Lüdecke gebärdete sich in diesem Blatt als alter Reaktionär und Nationalist. So veröffentlichte er nach dem Erzbergermord ein Gedicht, in dem er Gott auf den Knien für die deutsche Tat dankte, was ihm besondere Anerkennung seitens der deutschnationalen Kreise eintrug. Schließlich wurde festgestellt, daß dieser deutsche Uebernationalist den auswärtigen Blättern in deutschfeindlichem Sinne geschriebe hatte. Nach seiner Entlassung wollte er sich nur deshalb so nationalistisch gebärdet haben, um die Deutschnationalen richtig zu erkennen und hinter sich zu führen zu können. Kennzeichnend für die nationalsozialistische Schutzgarde Ludendorffs ist, daß dieser laubere Held dann auch bei ihr eine Rolle spielen konnte.

Der Faschistenhäuptling Hitler ließ in diesen Tagen in den Münchener Sitzungen folgende Erklärung los: „Seit einigen Tagen verbreiten Berliner und Münchener Zeitungen eine Anfrage, ob es wahr sei, daß die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei durch französische Gelder unterstützt werde. Ich erkläre hiermit, daß dies in keiner Form den Tatsachen entspricht und bezeichne jede dahinzielende Behauptung als niedrige Verleumdung.“ Diese Erklärung Hitlers geht der von mehreren Seiten präzise gestellten Frage aus dem Wege und wird im übrigen durch der Verhaftung Lüdeckes Lügen gestraft.

## Ausweisungen und Protestkundgebungen.

Jeder neue Tag bringt neue Ausweisungen aus dem besetzten Gebiet. So wurden der Präsident der Reichsbahndirektion Trier, Rohse, der Präsident der Reichsbahndirektion Ludwigshafen, Lieberich, der Oberbürgermeister Jarres von Duisburg, der zweite Bürgermeister von Mainz, Adeling, der Leiter des Postamts in Wetter, Flohr, ausgewiesen. In Ardrien fand unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung die Beerdigung des von den Franzosen hinterücks erickhofenen Schuldieners Wilhelm Haumann statt. Im Anschluß daran überreichten 40 Ortsvereine im Namen der gesamten Bevölkerung dem französischen Ortskommandanten in Prambauer nochmals eine Protestklärung. — Im Duisburger Hafen wird von den dort angelegten französischen Zollabfertigungsstellen, wenn die Schiffsführer sich weigern, Zölle an sie abzuführen, auch für die Ernährung des Industriegebiets dringend

notwendiges Gut wie Schmalz, Speck usw., angehalten. — In Bohwinkel hat der französische Ortskommandant dem Bürgermeister mitgeteilt, daß er auf jede Person, die sich nach 10 Uhr abends auf der Straße befindet, schießen lassen werde. Der Landrat hat dagegen protestiert, zumal der verschärfte Belagerungszustand durch eine Verfügung des Generals Degoutte aufgehoben worden sei. Er macht den Ortskommandanten für jede Erschießung harmloser Zivilpersonen verantwortlich. Zum Protest gegen die Ausweisung des Oberbürgermeisters von Duisburg, Dr. Jarres, stellten die städtischen Behörden von Mittwoch bis Donnerstag morgen den Dienst ein.

## Wie man in Polen Mörder ehrt.

Nach „Gazeta Warszawska“ wurde am Grabe des Präsidentenmörders Niewiadomski von den Polen in Amerika ein Riesenkranz niedergelegt mit einer Trifolore und folgender Aufschrift: „Von den Polen aus Amerika. Ehre dem Unsterblichen!“

Eine Thorner polnische Zeitung gibt in Fettdruck bekannt, daß in der Marienkirche am Donnerstag eine Trauerandacht für Niewiadomski stattfindet.

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

Deutsche Mark gleich Polenmark. — Unzureichende Lohnpolitik. — Deutsches und österreichisches Währungssele. — Die Gefahren für die Volksernährung. — Das Reichsdefizit.

Die Verschlechterung der Valuta, die als eine Folge der Befehung des Ruhrgebietes vorausgesetzt wurde, ist jetzt in einem Maße eingetreten, das selbst die ärgsten Befürchtungen übertrifft. Die deutsche Mark ist im Werte auf den der Polenmark gesunken. Selbst die österreichische Krone, die in der bisherigen Zeit des mitteleuropäischen Valutaelends als der Typus der vollkommen zerrütteten Währung angesehen wurde, nähert sich mehr und mehr dem Vorkriegsverhältnis zur Mark, wo man für eine Krone 85 Pfennige zahlte. Am Dienstag kostete bereits eine österreichische Krone 55 Pfennige. Geradezu gewaltig aber hat sich der Wert der Mark im Verhältnis zu den Edelvaluten verschoben. Der Dollar kostet um 40 000 Mark, an ihm gemessen ist also die Mark fast auf ein Zehntausendstel oder auf ein Hundertstel Goldpfennig gesunken. Ein derartiger Zusammenbruch der Währung trifft Deutschland ohne großzügige Vorbereitungen der Abwehr. Sprunghaft klettert die Preise. Die Löhne können ihnen, solange man sich nicht über irgend eine Form der Gleitkassellung im Verhältnis zum Geldwert verständigt hat, auch nicht annähernd folgen, selbst wenn man von beiden Seiten, insbesondere von den Unternehmern den guten Willen voraussetzt. Wenn sich die Preise wichtiger Lebensmittel, wie Schmalz und Margarine, die ganz naturgemäß stark mit der Valuta gleiten, innerhalb weniger Tage

## verdoppeln und verdreifachen,

so bedeutet dies eben für breite, ständig wachsende Massen den Verzicht auf einen immer größeren Kreis von Nahrungsmitteln. Selten ist das mit derartigen Schärfe zum Ausdruck gekommen, wie in der letzten Zeit, wo die Unternehmer ausdrücklich ihre Bereitschaft zum Entgegenkommen in der Lohnfrage erklärt haben, und sie, soweit es sich im Augenblick übersehen läßt, mindestens vereinzelt auch durch die Tat zeigen wollten. Es ist eben undenkbar, über längere Frist hinaus Voharegelungen zu treffen, wenn die Preise derart in die Höhe klettert und sich der Segen des freien Handels mit der Verteuerung des dringlichsten Lebensbedarfes ungebremst auf die breiten Massen ergiebt. Da aber obendrein die Aufforderung, in Lohnfragen entgegenkommen zu sein, der Arbeiterklasse keine Rechte bringt, und sie bei den Verhandlungen doch in hohem Grade auf das Wohlwollen der beteiligten Unternehmergruppen angewiesen sein wird, sind die Lohnhöhungen durchaus unregelmäßig und bei vielen Berufen weit entfernt davon, auch nur annähernd der Bedeutung Rechnung zu tragen. Denn selbstverständlich haben die beteiligten Unternehmerkreise, die sich zur vermeintlichen Behandlung verstehen haben, der Reallohn der deutschen Arbeiter sei zu hoch, nicht auf einmal umgelert, und so bleiben die Lohnrechnungen immer auf einer unsicheren Grundlage. Gewiß ist auch der Gleitkassellung keine Lösung der Lohnfrage. In so schwierigen Uebereinstimmungen aber wie den gegenwärtigen, sollte man ernsthaft danach trachten, auf irgend eine Weise

die Lohnhöhe automatisch dem Geldwert anzupassen.

Wir leben nun einmal in Zuständen, wie sie selbst Österreich in seiner Währungskrise kaum gekannt hat. Auch dort hätte die Krone mit zeitweiligen Unterbrechungen unaufhaltsam über immerhin hatte es mit bestimmten wirtschaftlichen Möglichkeiten zu rechnen. Seine Grenzen standen fest, und abgesehen von einigen Raubzügen und weierliche Störungen und Eingriffe in seinen Wirtschaftskörper nicht erfolgt. Daß die Währung klettert, und daß sie jetzt, nach dem Versuch einer Stabilisierung immer noch wankt, liegt hauptsächlich daran, daß Österreich in seiner ganzen wirtschaftsgeographischen Struktur ein ganz riesiges Staatswesen



### Die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe.

#### Der 6-Uhr-Ladenschluß und die Regelung des Lehrlingswesens.

Die gestrige Volksstimmungs war nur von einseitiger Natur. Der hartumkämpfte Gesetzentwurf über die Ruhegebühren der Senatoren führte zweimal zur Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Gesetzentwurf über die Herausgabe der Presse für das Umlagegesetz wurde in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen. Gegen den beantragten sofortigen 8. Sitzung wurde von der Linken Widerspruch erhoben. Ohne Wortmeldung ging der Gesetzentwurf über die Änderung der Beamtenbefolgungsordnung an den Hauptauschuss und ein Gesetzentwurf über die Änderung der Zunderverwaltung der Kreiskassabehaltung wurde dem Wirtschaftsausschuss übergeben. Der Senat beabsichtigt, die auf Marken zur Verteilung kommenden monatlichen Runderlöse von 1/2 Pfund auf 2 Pfund zu erhöhen. Das Gesetz über den Finanzarat wurde in 3. Lesung verabschiedet, nachdem verschiedene sozialdemokratische Anträge betr. Amtsdauer und beschränkte Dienstpflicht der Verhandlungen abgelehnt worden waren. Beim nächsten Punkt der Tagesordnung, dem Gesetz über die Ruhegebühren der Senatoren, das bis zu § 8 in 2. Lesung fortgeschritten ist, führte bei einer namentlichen Abstimmung die Stimmhaltung der Linken zur Beschlußfähigkeit des Hauses.

Nach einer Pause von 5 Minuten wurde die Sitzung wieder eröffnet. Zur Beratung stand eine kleine Anfrage des Abg. Wannen (Dt. Vt.) betr.

#### einseitliche Regelung des Lehrlingswesens.

Vor etwa 1 Jahr nahm der Volksstag einen Antrag an, der die gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens forderte. Der Antrag wünschte eine Erklärung des Senats, wann ein diesbezüglicher Gesetzentwurf vorgelegt werde. Senator Karow antwortete, daß der Gesetzentwurf über die Regelung des Lehrlingswesens ausgearbeitet sei und den interessierten Organisationen zur Begutachtung vorgelegt worden sei. Die Anfrage war damit erledigt.

#### Zuschüsse an die Gemeinden

Au den Gehältern der Beamten und Angestellten fordert ein deutschparteilicher Antrag, der vom Abg. Sturm begründet wurde, den Gemeinden würden immer neue finanzielle Lasten auferlegt, so daß sie nicht in der Lage seien, die Gehälter der Beamten und Angestellten anzuführen. Es wäre gerecht und billig, daß der Staat hierzu Zuschüsse leistet.

Abg. Gen. Plettner erklärte, daß die Ver. Soz. Fraktion dem Antrag zustimme und beantragte Heberweisung des Beschlusses an den Hauptauschuss. Die Gemeinden befinden sich in einer Notlage. Sie sind nicht in der Lage, die Gehälter zu bezahlen, und müssen dringende kulturelle Aufgaben zu erfüllen. Manche Gemeinde sei nicht einmal in der Lage, die geringen Sätze an die Erwerbslosen zu zahlen. Alle diese Fragen müssen im Hauptauschuss eingehend geprüft werden. Auch die Abgg. Duf (Dt. Vt.) und Hoppe (A.) äußerten sich unterstützend. Der Antrag wurde einstimmig dem Hauptauschuss überwiesen.

An den Untersuchungsausschuss, der die gegen den Senator Pansin erhobenen Vorwürfe untersuchen soll, wurden von der Ver. Soz. Fraktion die Gen. Mau, Gebauer und Karischewski entsandt.

#### Abg. Wannen hand der deutschparteiliche Gesetzentwurf zur einheitlichen Durchführung des Scherhakenladenschlusses und der völligen Sonnruhe im Handelsgewerbe

zur Beratung. Er wurde vom Abg. Wannen (Dt. Vt.) begründet, in einer Art, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ. Man glaubte, einen Spatzfang reden zu hören. Insbesondere wandte er sich gegen die Tarifmäßigkeit der Danziger Arbeiter im Handelsgewerbe. Es werde von Tag zu Tag schwerer, Tarife für die Anstellten abzuwickeln, insbesondere im Bantgewerbe. Der deutschnationale Vorstand und Volksstabsabgeordneter Schade leitete gegen den Abschluß von Tarifverträgen bestehenden Widerstand. An den Senat richtete der Redner die Anfrage, ob er immer im Interesse der Arbeiter einen Druck auf den Beschlußauschuss ausübe. Die Scherhaken drohten jetzt mit der Ausbreitung der Anstellten. Die Firma Deumer u. Haner verleihe ein diesbezügliches Rundschreiben.

### 5. Philharmonisches Konzert.

Diese Konzerte sind doch in Danzig Mühlleben wahrhaftig das Leben in der Wüste. Große answärtige Gäste sind durch die Paktisten vertrieben, wirklich hochwertige Instrumentalisten besaßen dann der nahezu allgemeinen Interessentlosigkeit halb leeren Sälen, und die Oper erreicht höchstens beherztes Provinzniveau. So sind die Philharmonischen Konzerte (siehe einigen Volkskonzerte der mehr im engeren Kreise wirkenden führenden Gesangsvereine) als einseitig überhand gekommen. Und hier ist es denn auch immer das selbe: Ein reiches, volles Orchester; die Säle sind überfüllt und die Plätze hier und da letzte Plätze offen lassen, wie sie hier gehalten werden sind freilich sorgsam verwahrt und in dankbar bestem künstlerischem Rahmen gehalten.

Was war das denn auch gestern wieder für ein vollstimmiger Abend! Gleich die „Gomont“-Overtüre, wie kein Charakteristischer: die Part der „Gomont“, die Qual des unterdrückten Volkes und daneben dann das Auffrischen der Feststunde, diese fabelhafte Wirkung des Des Dur nach der D-Moll. Das war auch für die gegenwärtige Stunde ein unvergleichlicher Akt.

Es folgte der Wah: Professor Wille ist längst ein wohlbekannter und immer wieder besessener Besucher unter den Sälen der „Philharmonie“. Was er auch anstalt, bekommt bei ihm eigenes Gepräge. So spielte er gestern das „Vollkonzert“ (Opus 83) von Robert Schumann, dem man ebenso wie seinem „Vollkonzert“, das 3. in die neuere Zeit hineinweist. Nicht mit Höchst besonnen wird auch wenn man keine besondere Vorliebe für diese Musik mehr aufbringen vermag. Aber die Schönheit und Ehrlichkeit dieser Musik berührt auch heute noch so lebhaft, und das nicht leicht durch ihre Mängel. Wie in nun ganz der Mann dafür Alles Schmachende. Besondere liegt ihm fern, und dadurch gewonnen auch die „Variationen über ein Hofkapitel“ in außerordentlich, und man empfand fast nicht mehr von dem diesem genialen Mann als Eigenart anstehenden „Kügelchen“-Weisen, sondern nur noch, daß er nun einmal trotz aller Anwürfe einer ist, der tausendmal mehr von dem im Geiste hat, um was sich jene Kultblätter bis zu ihrem Tode balgen wagen: Musik, unbedingt Musik. Darauf aber kommt es einzig und allein an.

Das Schlußstück des Abends war aber doch Mozarts Lichtdurchstrahlte, ganz und gar göttliche Symphonie in E-Dur. Was Senz Prins als Weiger Mozartscher Musik in so hohem Maße eignet, bringt er auch auf's Voll; er entzündet durch eine innere Wärme und vor allem durch Grazie. Und auch diesmal wieder war es eine helle Freude zu sehen, wie die Musiker wüßten, so daß nichts von den besagten Klängeinheiten verloren ging.

ben an alle Firmen. Der Deutschnationale Handlungsgesellensverband habe eine Menge Material, das beweise, daß die deutschen Arbeitgeber ein gerütteltes und geschütteltes Maß Schuld an dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches haben. Die Danziger Scherhaken seien schlimmer als die Franzosen, da sie die Hand an die Gurgel des eigenen Volkes legen! (Große Entrüstung bei den Deutschnationalen!) Der nächste Redner, der Deutschnationale Abg. Sentleben, der ebenso wie der Vordredner, führendes Mitglied im Deutschnationalen Handlungsgesellensverband ist, riefte von seinem Verbandskollegen ab. Dieser sei von seinem Thema zu weit abgekommen. Auch in der Deutschen Partei befänden sich Tarifgegner. Die Deutschnationale Fraktion stehe dem Gesetzentwurf wohlwollend gegenüber. Es beständen aber auch Bedenken, die im Ausschuss geprüft werden müßten.

Abg. Gen. Spill wies darauf hin, daß sich die Volksstimmungs im Herbst schon sehr bemerkbar mache, denn etwas anderes als eine Wahlagitationsrede seien die Ausführungen des Abg. Wannen nicht gewesen. Die sozialparteilichen Arbeiter wundern sich über das Verhalten der Arbeitgeber nicht, daß sie ihnen schon seit Jahren bekannt; sie wundern sich nur, daß es immer noch Arbeiter gibt, die bei Wahlen den Arbeitgebern in den Rücken decken. Solange die bürgerlichen Angestelltenvertreter mit den bürgerlichen Parteien durch die und dünn stehen, hätten sie kein Recht, hier laabelieder anzukommen. Der Abg. Wannen werde in Zukunft auch höfentlich zu seinen radikalen Worten stehen. — Bei der Beratung der von den Linksparteien vorgelegten Forderung des Einkommensteuergesetzes werde er Gelegenheit dazu haben. Eine Besserung in der Lage der Angestellten kann nur eintreten, wenn Hans- und Kasperbeiter gemeinsam handeln. Dem vorgelegten Gesetzentwurf stimme die Ver. Soz. Fraktion zu und werde an der Gestaltung des Gesetzes im Ausschuss mitarbeiten. Der Gesetzentwurf ging dann an den Sozialen Ausschuss. Nunmehr beschäftigte sich das Haus mit dem sozialdemokratischen Antrag betr. Regelung der Rentenbesätze der Invaliden der ehemaligen Reichs- und Staatsbetriebe. Abg. Gen. Arcymski begründete den Antrag und wies darauf hin, daß die genannten Rentner nur zwei Drittel von den Bezügen erhalten, wie sie den deutschen Rentnern gezahlt werden. Die Danziger Rentner betrügen sich in einer trostlosen Lage, da sie von monatlichen Beträgen von 300—45000 Mark ihr Leben fristen müssen. Die Allgemeinheit sei zur Unterstützung dieser Kreise verpflichtet, weil diese früher mit ihrer Arbeitskraft der Allgemeinheit gedient haben. Redner beantragt, den Antrag dem Sozialen Ausschuss zu überweisen, was auch geschah.

Sodann fanden wieder einmal die Ruhegebühren der Senatoren zur Beschlußfassung. Zum § 8 lagen 2 sozialdemokratische Anträge vor, wovon der erste in namentlicher Abstimmung mit 64 Stimmen abgelehnt wurde. Als auch über den 2. Antrag namentlich abgestimmt werden sollte, verlas der Deutschnationale Dr. Wunke, daß darüber nach der neuen Geschäftsordnung erst ein Beschluß des Hauses herbeigeführt werden solle. Dem wurde vom Abg. Gen. Spill widersprochen mit dem Hinweis darauf, daß beide Anträge unannehmbar seien. Präsident Dr. Drechsel trat dieser Vorschläge bei, worauf zur namentlichen Abstimmung geschritten wurde. Die zum großen Erstaunen der Redner die Beschlußfähigkeit des Hauses erlangt. Es wurden nur 59 Stimmen abgesehen. Der amtierende Präsident Gen. Gehl vertagte das Haus auf Mittwoch nächster Woche.

### Streik der Tabakarbeiter.

Vom Verband der Tabakarbeiter wird uns geschrieben: Mit dem heutigen Tage sind die bei den Firmen Roll u. Co., Gosda und Haffe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten. Die Firmen wollten trotz der bisherigen niedrigen Löhne und der bestehenden ungeheuren Teuerung eine nennenswerte Zulage nicht bewilligen. Ein gestern erlangtes Angebot von 60 Prozent wurde von den Arbeitnehmern als zu niedrig zurückgewiesen. Da die Arbeitgeber dieses Angebot als unzureichend entgegenkommend bezeichneten, blieb den Arbeitnehmern kein anderes Mittel als der Streik. Die Danziger Arbeiterschaft wird gebeten, Solidarität zu üben und Arbeit nach dort nicht anzunehmen.

**Polnische Verurteilung.** Die polnische Regierung hat gegen die Entscheidung des Völkerbunds-Kommissars durch die der Anspruch der polnischen Regierung gegen die Freie Stadt auf Erstattung von Liegegeld für das Schiff „Guebwiller“ zurückgewiesen war, Verurteilung eingelegt. Das Schiff hatte im November 1921 Verurteilung für die polnische Regierung geleistet, wofür von Danziger Seite besondere Sicherheitsmaßnahmen angeordnet wurden. Der Völkerbunds-Kommissar hatte in der Entscheidung festgestellt, daß die Danziger Regierung berechtigt war, die von Polen beanstandeten Anordnungen hinsichtlich des Völkens von Sprengstoffen aus dem fraglichen Schiff zu erlassen.

**Die neuen 50000-Mark-Scheine.** Die andauernde Entwertung der Mark hat dazu geführt, daß die Reichsdruckerei eine Zeitlang nur sehr schwer den Bedarf an Zahlungsmitteln decken konnte. Deshalb werden jetzt von der Reichsbank Noten über 50000 Mark herausgegeben. Man hofft damit schon in allerzüküftiger Zeit die Schwierigkeiten, die sich vielfach im Zahlungsverkehr ergeben haben, zu beseitigen, zumal sich gehen mit der Ausgabe von einer Milliarde Mark in 50000-Mark-Scheinen begannen ist. Der neue 50000-Mark-Schein (Format 110x190 Millimeter) ist ungefähr so groß wie die 5000-Mark-Reichsbanknote und zeigt auf seiner Vorderseite den Kopf des Kölner Bürgermeisters A. v. Brauweiler, eine Reproduktion des Gemäldes von Bartholomäus Bruun. Rechts ist ein freier Raum mit Wasserzeichen, in Form eines Eisenblechs. Die Rückseite weist eine Platte mit dem Straßnamen auf.

**Seminars- und Musiklehrer Alfred Gebauer,** der am diesigen Schreierminar seit 1911 erfolgreich als akademischer Musiklehrer gewirkt hat, ist vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu Berlin an das Lehrerseminar zu Pöcklau berufen worden. Herr Gebauer war nebenamtlich als Chorleiter der Männergesangsvereine Libertas G. V. Töbia, Singschülerverein und des von ihm gegründeten Gebauerfrauenchors, sowie als Leiter des Schreierminars Konvaleszentenvereins tätig. Auch als Führer der Danziger heimattreuen Oberleitner zur Abstimmung hat er sich große Verdienste erworben.

**Polizeibericht vom 8. Februar 1923.** Festgenommen 27 Personen, darunter 8 wegen Diebstahls, 2 wegen Schmutzhandels, 1 wegen Hausfriedensbruchs, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen tätlichen Angriffs, 1 wegen Zechprellerei, 1 wegen Sittlichkeitsvergehens, 1 wegen groben Anstands, 2 wegen Uebertretung, 9 in Polizeifast.

### Existenz-Kämpfe.

#### Der Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Die Ärzte haben, wie von uns berichtet, vor kurzem in einer Versammlung die wirtschaftliche Notlage ihres Berufs eingehend diskutiert. Dabei wurde besonders das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten erörtert und u. a. von den Ärzten behauptet, daß sie die ärztlichen Honorare gedrückt hätten, infolge falscher Wirtschaft der Verwaltungen nicht genügend leistungsfähig seien und daß sie die Honorare für Oktober 1922 noch nicht gezahlt und dadurch erhebliche Verluste gemacht hätten. Von der Vereinnahmung der Krankenkassen im Freistaat wird uns dazu geschrieben:

Die Vereinnahmung, der alle im Gebiet der Freien Stadt Danzig auf Grund der Reichsversicherungsordnung erteilten Krankenkassen angehören, muß diesen Behauptungen entschieden entgegengetreten, weil sie unrichtig sind, die öffentliche Meinung ungünstig zu beeinflussen und die Krankenkassen zu diskreditieren.

Die Ärztehonorare sind nach Uebereinkunft bei der Teile (Kasse und Kassen) die gleichen, wie sie von Vertretern der deutschen Ärzte und Krankenkassenverbände in Berlin unter Mitwirkung des Wohlfahrts- und Reichsarbeitsministeriums vereinbart wurden. Bei den letztmaligen Verhandlungen wurden die Honorare mit den Stimmen der Ärztevertreter und des Reichsarbeitsministeriums gegen den Einspruch der Kassenvertreter, die auf die schwierige geldliche Lage der Krankenkassen hinwies, festgesetzt. Die Forderungen der Ärzte haben demnach weitgehendende Berücksichtigung gefunden, ihr Interesse an der Regelung der Honorarhöhe ist bisher ausreichend gewahrt gewesen. Damit fällt der gegen die Krankenkassen erhobene Vorwurf der Honorardrückerei in sich zusammen. Die von den Krankenkassenverbänden im Deutschen Reich erhobene Forderung, die Kranken an Stelle der ärztlichen Behandlung (Zahlung) auch gegebenenfalls mit Geld abfinden zu dürfen (Barleistung) wird von den Ärzten mit der Begründung bekämpft, daß eine solche Regelung schädlich auf die Volksgesundheit einwirken würde. Der weitere und hauptsächlichste Grund des Widerstandes der Ärzte gegen jene Regelung ist der, daß die Zahl der Patienten, die schon in der Privatpraxis durch die Rechnungsstellung der Ärzte nach Silbermark eine wesentliche Einschränkung erfahren hat, dann auch bei den Kassenpatienten stark zurückgehen würde, weil ein erheblicher Teil der letzteren, die den Arzt bei zuteilender kostenloser Behandlung oft aus den wichtigsten Ursachen und häufig aufsuchen, die Kostentragung scheuen und somit den Ärzten eine sehr sichere und umfangreiche Honorareinnahme verlorengehen würde. Die Träger der Krankenversicherung sind darin einig, daß auch die ärztliche Tätigkeit angemessen bezahlt werden muß, sie können aber bei dem Heberangebot von Ärzten die eigentliche Ursache der Not des Arztstandes nicht einem jeden von ihnen ausreichende Berücksichtigungsmöglichkeit bieten.

Die Behauptung bezüglich der falschen Wirtschaft der Kassenverwaltungen muß als jeglichen Beweises ermangelnd zurückgewiesen werden. Die Kassen haben ihren Wirtschaftsverhalten Rechnung zu legen, letztere haben auch darauf zu sehen, daß Geiz und Spargel bei den Kassen beobachtet werden. Eine tatsächliche falsche Wirtschaft hätte allen Behörden längst sichtbar werden müssen. Daß die Kassen mit der Zahlung der Honorare seit Oktober 1922 im Rückstande seien, trifft in dieser Verallgemeinerung nicht zu. Es wird nicht bestritten, daß einzelne Kassen noch Teilzahlungen zu leisten haben, weil die erhaltene Honorarleistung (in Berlin) für Oktober Dezember 1922 erst Mitte Dezember v. J., für Dezember 1922 erst am 8. Januar d. J. eingeleistet hat. Dementselben haben die Kassen soweit als möglich Anzahlungszahlungen geleistet.

In ähnlicher Weise wie bei den Ärzten bezieht auch bei den Krankenkassen ein Notstand. Die Ursachen dieses Notstandes seien hier kurz angeführt, und zwar geben wir zur Vermeidung des Verdachts einseitiger Darlegung nachstehend auszugsmäßig einige Ausführungen des angesehenen Kommentators des Krankenversicherungsrechts, Geh. Justizrat Dr. Berlin-Wilmersdorf, Naum. Dieser sagt als Unbeteiligter zu deren Rechtfertigung folgendes:

„... Sind denn die Kassen aus purer Bosheit, nur um die Ärzte ihre Macht fühlen zu lassen und sie zu geordnen, mit der Zahlung des Honorars in Verzug geblieben? Das es nicht näher, einen Notstand zu vermuten und dieser Frage nachzugehen? Eine sorglose Geizhockerei hat die Kassen zu erheblichen Verschärfen für das Reich bei der Familienwochenhilfe und bei der Wochenfürsorge verpflichtet und sie schon hierdurch finanziell schwer belastet. Sie hat aber jerner die Grundlöhne, nach denen die Kassenleistungen und die Beiträge bemessen werden, stetig und gewaltig in der Art, daß die Kassen die höheren Leistungen sofort zu gewähren hätten, während sie die höheren Beiträge erst nach längerer Zeit erheben konnten. So entstand eine vorübergehende Krise und der Verzug gegenüber den Ärzten. Daneben aber besteht eine ernstere dringende Notlage der Kassen. Die Kosten der ärztlichen Behandlung, der Heilmittel, der Krankenhauspflüge und der allgemeinen Verwaltung (Personalkosten, Bureaubedarf, Heizung, Beleuchtung, Miete usw.) sind so gewaltig angewachsen und steigen so sehr ins Ungemessene weiter, daß viele Kassen auch bei Erhebung des höchsten zulässigen Beitragssatzes, der eine schwer erträgliche Belastung der Versicherten und der Arbeitgeber bedeutet, kaum noch die Regelleistungen bestreiten können und nicht selten dringlich notwendige Mehrleistungen (Familienhilfe) aufgeben müssen. Oft muß zur Deckung laufender Leistungen die Rücklage, die doch für Fälle außerordentlichen Bedarfs bestimmt ist, angegriffen werden. Die Schwankungen der Wirtschaftslage heulen des sorgfältigen Voranschauens. Brächen gar schwere Epidemien aus (an letzteren fehlt es ja niemals), so hielte keine Rücklage den an die Kassen heranreitenden Forderungen stand.“

Diesem sachlichen, hinsichtlich der Danziger Krankenkassen nur noch hinzuzufügen, daß ihre Anwendungen für Krankenpflege durch die Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich (Auslandspreise) und die ungleichen Kostverhältnisse gegenüber den Ärzten und Heilmitteln noch weiter und geradezu ungeheuerlich verteuert werden. Die meisten Danziger Kassen haben zur Befriedigung aller Forderungen, besonders auch der ärztlichen, nicht nur ihre Rücklagen aufzuheben, sondern auch umfangreiche Schuldverbindlichkeiten zu hohen Zinssätzen eingehen müssen. Vielfach haben sie die Beiträge auf den zurzeit zulässigen Höchstbeitrag von 10 Prozent erhöht und die Mehrleistungen abgebaut. So stehen also in Wirklichkeit die ihnen von den Ärzten unterstellten Verluste im Freistaat an!

Der von den Ärzten in der letzten Sitzung des Reichstages nach unserer Kenntnis auch bei anderen freien Berufen (Zahnärzten, Apothekern, Anwälten usw.), wie ja überhaupt alle Berufsstände feststellen müssen, daß sich ihre wirtschaftliche Lage von Tag zu Tag verschlechtert. Die Krankenkassen tritt in dieser Notlage kein Verschulden, sie sind allein nicht in der Lage, diese Notlage zu beheben, und aber, wie bereits betont, nach wie vor bereit, die ärztlichen Leistungen angemessen zu honorieren. Dazu ist jedoch erforderlich, daß zunächst der bei ihnen bestehende Notstand behoben wird.



# Danziger Nachrichten.

## Ein polnischer Poincaré für Danzig?

Noch immer ist die Frage der Neubestellung der polnischen Vertretung in Danzig in der Schwebe. Der Austritt Poincarés ist zwar schon seit Monaten beschlossen, aber annehmend kann man sich über die Nachfolgerschaft nicht schlüssig werden. In einem längeren Artikel geht nun die „Gazeta Warszawska“ auf die Frage der Nachfolgerschaft ein. Sie stellt sich fest, daß die Nachricht, daß Poincaré nach Abbruch der Verhandlungen in Paris auf seinen Posten in Danzig nicht mehr zurückkehren würde, bisher nicht miterrufen sei. Aber seine Nachfolgerschaft, für die bereits die mannigfachen Vorschläge mitgeteilt wurden, muß das Blatt allerdings auch keine positiven Angaben zu machen. Um so interessanter sind jedoch die Ansichten und Wünsche, die es zur Auswahl des neuen Vertreters zum Besten gibt. Das Blatt will jetzt den Posten auftritt durch einen Diplomaten durch einen Juristen besetzt wissen. Das Verhältnis Polens zu Danzig sei jetzt durch die Verträge festgelegt. Bis der letzte Vertrag zustande kam, hätte man einen Mann mit so großen diplomatischen Fähigkeiten wie Poincaré gebraucht. Jetzt würde Polen aber keine neuen Verträge von grundsätzlicher Bedeutung mit Danzig schließen. Die Entwicklung würde sich weiter auf der Linie der letzten Verträge bewegen, und die Hauptaufgabe des Vertreters Polens in Danzig würde die sein, darüber zu wachen, daß das Wirtschaftsabkommen sein Recht Papier bleibt, sondern durch die Freistadt erfüllt werde. Viele Rechte seien schon festgelegt, aber es gebe noch viele kritische Punkte wegen der Interpretierung Gattungs- oder des Währungsabkommens. Darum müsse es eher ein kluger, gebildeter Rechtsgelahrter sein als ein Diplomat. Besonders ein Diplomat unserer Zeit würde durch seine Diplomatie mehr schaden als nützen. Die polnische Diplomatie habe überhaupt das prinzipielle Merkmal der Weichheit und Nachgiebigkeit und keine eiserne Konsequenz, das Programm durchzuführen wie Poincaré.

Diesem frommen Wunsch nach einem Trausänger unter schreibt das Blatt noch durch die Forderung, daß der neue Vertreter „einen entschiedenen Willen und einen harten Charakter“ besitzen müsse. Die bisherige konsequente Politik Poincarés dürfte nicht aufgegeben werden. Damit der geforderte Jurist auch die im Freistaat noch allfälligen deutschen Gesetze beherrsche, müsse er möglichst aus dem ehemaligen preussischen Gebiet sein. Angesichts dieser harten Forderung bestimmter Eigenschaften des neuen Vertreters „kann man bereits einen „geeigneten“ Kandidaten in veto zu haben. Polen sollte jedoch bei alledem bedenken, daß eine Politik a la Poincaré gegen Danzig selbst zu seinem Nachteil ausschlagen muß.

## Herabsetzung der Zuckerration.

Die im Oktober v. J., als die Zuckervereinsverwaltung wegen, von der 10. Fraktion des Volkstages unternommene Aktion gegen den Zucker mit Zucker hatte den Erfolg, daß monatlich 100 000 Zentner Zucker der neuen Ernte dem freien Verkehr entzogen und öffentlich verwirft wurde. Es wurde dafür ein erschwärter Preis festgesetzt. In jeden Versorgungsberichtszeitraum sollten 2 1/2 Pfund pro Monat abgegeben werden. Nunmehr plant der Senat eine Herabsetzung der Rationen auf 2 Pfund pro Monat und legt dem Volkstag einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vor. In seiner Begründung erklärt der Senat, daß die zur Ver-

lung lebenden Mengen nicht ausreichen, wenn matter 2 1/2 Pfund pro Kopf und Monat verteilt werden. Bei einer Bevölkerung von 365 402 Personen würden bei der letzten Ration 100 000 Zentner gebraucht werden. Dazu kämen noch 6000 Zentner, die an Wohnfabrikbetriebsanlagen der Freien Stadt verausgabt worden seien. Da durch das Zuckergesetz nur 100 000 Zentner Zucker zu 15 und 80 Mark das Pfund beschlagnahmt worden seien, müssen zur Durchführung des Gesetzes weitere 15 000 Zentner zu Freihandelspreisen beschafft werden. Bei einem Freihandelspreise von 500 Mark für das Pfund seien dafür 750 Millionen Mark erforderlich, die aber nicht zur Verfügung ständen. Die Mittel dafür könnten nur aufgebracht werden, wenn der Preis für den Markenzucker fortgesetzt erhöht werde und dann aus den so erzielten Ueberschüssen Zucker angekauft werden würde. Der Ueberschusspreis der Kommunalverbände müßte dann bereits auf 215 Mark pro Pfund festgesetzt werden. Aber auch dieses Verfahren biete bei der fortgeschrittenen Wertminderung keine Gewähr dafür, daß der fehlende Zucker beschafft werden könnte. Der Senat empfiehlt deshalb die Herabsetzung der Zuckerrationen mit Wirkung vom 15. Februar. Dann würden die beschlagnahmten 100 000 Zentner Zucker für dieses Betriebsjahr ausreichen und der Preis für den Markenzucker nur soweit erhöht werden, daß die jeweiligen Unkosten des Staates und der Kommunen gedeckt würden.

Der Gesetzentwurf wäre vollständig überflüssig gewesen, wenn man von vornherein die nötigen Mengen beschlagnahmt hätte, der Senat mußte doch wissen, wieviel Versorgungsberichtszeit in Frage kamen.

## Für die Anzählhilfe

sind bei uns eingezahlt worden: Bandoniumklub „Frisch voran“, gesammelt 10 153 Mark, Bäckermeister Lug, Hohenstein 5000 Mark, Müller, Bohnsack 10 000 Mark. Weitere Spenden werden entgegengenommen.

## Standesamt vom 8. Februar 1923.

Todesfälle: Werthelmer Gustav, Hofmann, 58 J. 4 M. — Säuhmachermeister Karl Kempa, 69 J. 1 M. — Witwe Emma Jockel geb. Kläner, 80 J. 6 M. — E. des Kaufmanns Leo Gdaniel, 4 B. — Schriftfeger Albert Bude, 19 J. 6 M. — Arbeiter Hermann Segler, 55 J. — Frau Auguste Reik geb. Block, 48 J. 4 M. — Rindermädchen Gertrud Gingsang, 18 J. — Unehelich: 1 Sohn.

## Vermischtes.

### Marterl.

Ein Genosse fand auf einer Ferienwanderung in Bayern folgende Inschrift unter dem Bildchen einer Grabestafel:

Hier liegt der Förster Robert Hus.  
Er starb an einem Büchenschuß,  
Der auf der Jagd von ungefähr  
Ihn hat getroffen folgendschwer.  
Zum Glück kommt man ihn noch verzehn.  
Gott laß ihn fröhlich auferstehn!  
Ich nann' ihn oben Robert Hus,  
Um hinzuweisen auf den Schuß.  
In Wahrheit hieß er doch Franz Leim,  
Das aber paßte nicht zum Reim.

Was hatt' ich mit dem Leim gemacht?  
Wie hatt' den Schuß ich angebracht?  
An dem er doch gestorben ist!  
Als Jägersmann und guter Christ!

## Devisenkurse.

(Gleichzeit um 12 Uhr mittags.)

	8. Februar	7. Februar
1 Dollar	33 000.—	33 000.—
1 polnische Mark	96.—	107.—
1 Pfund Sterling	160 000.—	177 000.—
1 holländischer Gulden	13 460.—	15 000.—
1 norwegische Krone	6 270.—	7 000.—
1 dänische Krone	6 332.—	7 050.—
1 schwedische Krone	9 050.—	10 000.—
1 italienische Lire	1 645.—	1 850.—
1 französischer Frank	2 900.—	2 400.—
1 Schweizer Frank	6 370.—	7 200.—

Ämtliche Kursnotierungen vom 7. Februar 1923.

Dollar: Geld 37 625,82, Brief 37 844,88; poln. Mark: Geld 107,73, Brief 108,27; engl. Pfund: Geld 172 582,50, Brief 173 192,50.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Tarif für das Pferdetrockenschleppwerk.

Auf Grund des § 76 der Reichsgewerbeordnung wird mit Zustimmung der Stadtgemeinde Danzig für den Polizeibezirk Danzig der Fahrpreis für das Pferdetrockenschleppwerk auf den 200fachen Betrag des durch die Polizei-Verordnung vom 17. September 1920 (Inl.-Blatt Nr. 224) festgesetzten Tarifs, Abschnitt A, Droschken ohne Fahrpreisangeiger, festgesetzt.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft; mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die Bekanntmachung vom 8. Dezember 1922 außer Kraft.

Danzig, den 5. Februar 1923.

(8810)

Der Polizeipräsident.

### Auslegung des Planes „Anlegung Verbindungsbahn Saspe — Freibezirk“.

Gemäß § 47, 17 des Kleinbahngesetzes vom 28. Juli 1892 wird der Plan der Staatsbahndirektion Danzig zur Anlegung einer Verbindungsbahn zwischen dem Rangierbahnhof Saspe und dem Freibezirk Danzig-Neufahrwasser bei dem Polizeipräsidenten, Karrenwall 6, Zimmer 68 vom 12. bis einschließlich 26. Februar d. Js. zur Einsicht ausliegen.

Während dieser Zeit kann jeder Beteiligte im Umfange seines Interesses Einwendungen gegen den Plan erheben. Solche Einwendungen sind entweder dem unterzeichneten Polizei-Präsidenten schriftlich einzureichen oder bei ihm mündlich zu Protokoll zu geben.

Danzig, den 5. Februar 1923.

(8809)

Der Polizei-Präsident.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

Um etwa bestehende Zweifel zu beseitigen, wird darauf hingewiesen, daß die Verordnung betreffend die Regelung der Versorgung mit Fischen vom 14. März 1922 — Sonderausgabe des Staatsanzeigers Nr. 21 vom 15. März 1922 — nach wie vor in Geltung ist. Es sind somit auch von den im Gebiete der Freien Stadt gefangenen oder gehandelten Fischen mindestens 25 Prozent der Bevölkerung zum Gebrauch zuzuführen.

Danzig, den 8. Februar 1923.

(8808)

Der Senat.

Abtlg. für Handel und Gewerbe.

## Wilhelm-Theater Danzig

Ab 1. Febr. ein Programm, worüber ganz Danzig sprechen wird!

### Lajos Rigo

der weltberühmte Geiger, vom Scala-theater, Berlin.

### Lieskowski und Nadasy

Primaballerina und erster Solotänzer der Budapester Staatsoper; klassische Tänze in höchst. Vollendung, vom Scalatheater, Berlin.

### Anny Milos

mit ihren Frauenschönheiten naturalistische Monumentaltänze in höchster künstlerischer Vollend., vom Scalatheater, Berlin.

### Dario Paini

chem. Hofkünstler, das Phänomen der geheimnisvollen Kartenkunst, vom Wintergarten, Berlin.

### Fred Bradfort

das Einrad-Wunder, v. Hansatheater, Hamburg.

### Ernst Wilhelm

der bestbekannte Bravoursänger in allen Sprachen.

### Harry und Jack

Comedians, vom Wintergarten, Berlin.

### 5 Larissons

das reiz. Ballett, vom Apollotheat., Nürnberg.

### Vorverkauf

bei Gebr. Freymann, Abendkasse ab 6 Uhr geöffnet.

### Libelle:

Nach der Theatervorstellung Lajos Rigo als Gast, Ernst Wilhelm als Gast usw. usw.

Es wird empfohlen, gute Plätze im Vorverkauf zu lösen.

## Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Donnerstag, d. 8. Februar, abends 7 Uhr:

Dauerkarten B 1.

Infolge Unmöglichkeit von Fräulein Gertrud Meiling an Stelle von „Hans Feiling“

### Mignon

Oper in 3 Akten von Ambroise Thomas.

Personen wie bekannt. Ende nach 10 Uhr.

Geldlose Karten behalten ihre Gültigkeit oder können an der Kasse zurückgegeben werden.

Freitag, den 9. Februar, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 1. „Die Ehe im Kreise“. Operette.

Sonnabend, den 10. Februar, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 1. „Die Erwachsenen“. Familien-Inspekt.

Samstag, den 11. Februar, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zum 1. Mal: „Tiefland“. Musikdrama.

## Restaurant Bristol

Langermarkt Ecke Röpergasse

כשר

Ab heute täglich 6 Uhr:

### Künstler-Konzert

der beliebten

### Salonkapelle Ander

früher Reichshof-Palast. 8785  
Bekanntes Warschauer Küche. Café u. Konditorei

## Gedania-Theater

Schlesoldamm 53/55 8803

Achtung! Heute! Die große Sensation!!!

Der amerikanische Riesen-Film!

Eine Geschichte voller Abenteuer.

### Das große Radiumgeheimnis!!!

Sensations-Film in 6 Episoden . . . 36 Akten.

V. Episode:

### Der Schicksalsstanz in der Schmuggler-Bar

6 große Akte.

### Das geheimnisvolle Dokument

oder: Das Geschäft  
Sensations-Schauspiel in 5 Akten.

Hauptdarsteller: Stella Harf, Bruno Kastner, Emil Jannings, Helmut Schrott, Hermann Vahlentin, Edith Posca, Lupu Pick.

Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

### Kein Laden

daher billigster Einkauf

## Selten günstig. Angebot!

Da ich große günstige Abschlüsse habe, kann ich sämtliche Waren konkurrenzlos billig abgeben.

Um es jedermann zu ermöglichen, ein billiges Stück zu kaufen, gebe ich alle Waren

### auf Teilzahlung

und gewähre noch außerdem

### 10 Prozent Rabatt.

Herren-Raglans 68 000  
prima Qualität, beste Verarbeitung, 95 000, 88 000, 75 000, u. a.

Herren-Anzüge 71 000  
moderne Fassons, aparte Muster, 120 000, 94 000, 85 000, u. a.

Cutaways mit Weste, gestr. Rosen besonders billig!

Sämtliche Waren sind aus prima Tuchen verarbeitet.

Nicht zu verwechseln mit Zeugkonfektion.

## Berliner Konfektions-Vertrieb

nur Altstädtischer Graben 109, 1 Tr., am Holzmarkt.

Altliches Etagegeschäft mit Rabattkupon für bessere Herrenbekleidung.

### Sämtl. Drucksachen

in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen

Buchdruckerei J. Gehl & Co., Danzig, Am Spandhaus 6. Telefon 3200

### Platin, Zahngebisse

Gold- und Silbergegenstände, wie Bruch

Münzen aller Art, kauft zu den höchsten Preisen

Otto Below, 27 Goldschmiedegasse 27, Telefon Nr. 3850.

gerichtet durch Sachverständiger u. Regierung

### 4 Wovon:



Hersteller: (8565)

Urban-Werke, Chemische Fabrik G. m. b. H., Danzig.

am Troyl. Fernspr. 5005

### Wer verk. ist

gebr. Bettwäsche?

Angeb. unt. V. 1249 an d. Exped. d. Volksstimme. (f)

### Nähmaschine

zu kaufen gesucht. Angeb. unter V. 1248 an d. Exped. der Volksstimme. (f)

### Ordnentliches Heizger

### Saunviener

bei freier Station und angemessenem Lohn, kann sich sofort melden. (8806)

### Steppuhn,

Kaffeehaus Bürgergarten, Kartäuser Straße 27.

### Fräulein

sucht zum Erlernen der Zahntechnik (f)

Zahnarzt Mailachow, Gr. Wollwebergasse 14.

### Jüng. Expedient

sucht Stelle, gleich welcher Art. Angeb. u. V. 1244 a. d. Exped. d. Volksstimme. (f)

### Hauschneiderin

empfiehlt sich außer dem Hause. Ang. u. V. 1252 an d. Exped. d. Volksstimme. (f)

### Handwerker sucht

möbl. Zimmer

Nähe Danz. Werft. Offert. unt. V. 1251 an d. Exped. der Volksstimme. (f)

### 300 bis 500 Quadratmeter

### Kartoffelland

in Neubude zu pachten gesucht. Off. u. V. 1253 an d. Exped. d. Volksstimme. (f)

### Wohnungstausch.

Geräumige 2-Zimmerwohn. im Ddra gegen 2-3 Zimmer in Danzig zu tausch. gesucht. Angeb. unt. V. 1243 an d. Exped. d. Volksstimme. (f)

Wer tauscht hell u. freundl. Wohnung besteh. a. Stube, Küche und Boden gegen ebenf. im Zentrum. Ang. unt. V. 1246 an d. Exped. der Volksstimme. (f)

Tausche 1 Zimmer u. Küche gegen eine kl. Kochküche im Zentrum der Stadt. Offert. unt. V. 1247 an d. Exped. d. Volksstimme. (f)

